

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 135. Ratssitzung vom 22. August 2012

2965. 2009/405

Postulat von Marcel Savarioud (SP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 16.09.2009: Schutz vor Lärm des Wohngebietes beidseits der Ueberlandstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den beiden Postulaten 2009/405 und 2011/387 (Protokoll-Nrn. 2965 und 2966).

Marcel Savarioud (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4837/2009): *Die Ueberlandstrasse ist eines der grössten Sicherheits- und Lärmprobleme im Schwamendinger Verkehrsbereich. Entlang dieser Strasse wohnen viele AnwohnerInnen, die darunter leiden. Da der Verkehr dort zukünftig zunehmen wird, sind bereits Massnahmen zur Temporeduktion ergriffen worden. Doch die Emissionsgrenzwerte sind in den meisten Bereichen immer noch überschritten. Der Bund fordert, dass die Sanierungen bis 2018 gemacht werden, ansonsten muss Zürich die Kosten dafür selber tragen. Aus diesem Grund müssen die möglichen Massnahmen zur Lärmsanierung jetzt geprüft werden. Die EVP zielt mit ihrem Vorstoss in die gleiche Richtung, nur für einen anderen Teil der Ueberlandstrasse. Wir unterstützen diesen, schlagen aber eine Textänderung vor. Es sollen nicht nur Lärmschutzwände in Betracht gezogen werden, sondern auch weitere Massnahmen.*

Kurt Hüssy (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. September 2009 gestellten Ablehnungsantrag: *Mit der Einhausung von Schwamdingen wird der Lärm an der Ueberlandstrasse massiv kleiner. Der Verkehrsfluss muss danach aber ungehindert durch die Einhausung funktionieren und nicht durch zusätzliche Bauten behindert werden. Wenn das Projekt richtig durchdacht ist, bleiben die AutofahrerInnen auf der Autobahn, schonen die umliegenden Quartiere und es braucht keine zusätzlichen Lärmschutzwände. Es ist völlig unmöglich, die Ueberlandstrasse auf der ganzen Strecke beidseitig mit Lärmschutzwänden zu verkleiden. Ein Teil dieses Abschnitts ist sowieso weniger vom Lärm betroffen.*

Michèle Halser-Furrer (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1866/2011): *Durch die Einhausung wird die Ueberlandstrasse teilweise entlastet, weil sich die Ausfahrt um etwa 200 Meter Richtung Stadt verschiebt. Die Winterthurerstrasse wird aber gar nicht entlastet. Wir fordern deshalb mit unserem Postulat eine Überprü-*

fung, wo was für Lärmschutzwände hingestellt werden können. Das SP-Postulat unterstützen wir.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 9. November 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP lehnt beide Vorstösse ab. Vor allem das derart offen formulierte Postulat der SP. Auch das Argument des Zeitdrucks ist ein wenig fragwürdig. Selbst wenn der Kanton oder der Bund die Kosten trägt, sind dies auch wieder Steuergelder. Sicher macht es Sinn, bei grossen Projekten um die entsprechende Unterstützung bei Bund und Kanton zu bitten. Aber nicht aus dem Grund, weil es die Stadt dann eine gewisse Zeit lang nichts kostet. Ich kenne die Häuser dort und diese stehen in der Tat nicht so nah an der Strasse.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Tognella (FDP): Einige der Wohnbauten sind tatsächlich sehr stark baufällig. Dort werden vermutlich in Bälde neue Projekte entstehen. Lärmschutzwände wären deshalb dort falsch. Ist es sinnvoll, dass die Stadt Investitionen in eine kantonale Strasse leistet, in deren Infrastruktur eigentlich sowieso der Kanton investieren müsste? Ein solches Vorhaben ist ohne den Kanton gar nicht realisierbar. Der EVP-Vorstoss behandelt einen Bereich, der tatsächlich von der Einhausung tangiert werden wird. Doch er ist verfrüht. Man kann nicht jetzt Lärmschutzmassnahmen fordern, wenn man noch nicht sicher weiss, wie das Ausführungsprojekt dort aussehen wird. Welche Emissionen entstehen dort tatsächlich für die Bevölkerung? Die FDP lehnt deshalb beide Vorstösse ab.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Den Lärm muss man anpacken und nicht warten, bis irgendwann mal die Einhausung kommt. Diese bekämpft auch nur das Symptom. Die Ursache aber ist und bleibt der Lärm. Deshalb soll der Stadtrat prüfen, ob Lärmschutzwände die beste Lösung sind oder vielleicht doch eine Temporeduktion. Ich bin überzeugt, dass der Stadtrat nicht Massnahmen finanziert, die eigentlich der Kanton finanzieren müsste. Wir unterstützen beide Postulate. Dafür muss aber nicht extra nochmals ein Bericht für den Gemeinderat erstellt werden, weshalb wir in diesem Fall eine Textänderung beantragen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir nehmen die Textänderungen der SP und der CVP an. Unsere Idee ist es nicht, Lärmschutzwände an Orten zu bauen, an denen es eine ganz neue Strassenführung geben wird. Unser Vorstoss betrifft nur die ersten 200 Meter der Ausfahrt, also den kleinsten Teil des ersten Streckenabschnitts.

Margrit Haller (SVP): Das SP-Postulat bedeutet mehr Temporeduktionen und mehr verkehrsbehindernde Massnahmen. Diese würden dazu massive Kosten verursachen. Ausser Acht gelassen wird, dass verkehrsberuhigende Eingriffe in einem Gebiet die Mieten in die Höhe treiben. Die SVP-Fraktion bietet keine Hand für die Umsetzung dieser Forderungen.

Thomas Wyss (Grüne): An den beiden Orten, die in den Postulaten erwähnt werden, müssen Schutzmassnahmen ergriffen werden. Doch wir sehen Lärmschutzwände quasi als letzte Variante im Innerstadtbereich. Diese Wände direkt vor Wohnhäuser zu pflan-

3 / 3

zen, ist nicht die idealste städtebauliche Lösung. Es muss an der Quelle angesetzt werden: Verkehrsreduktion, Spurabbau und Temporeduktion. Dann erst kann über weitere Massnahmen geredet werden. Mit dem Textänderungsantrag der SP können wir das Postulat der EVP unterstützen und stimmen natürlich auch dem Vorstoss der SP zu.

Dr. Richard Wolff (AL): *Warum ist die SVP gegen Lärmschutzmassnahmen? Weil es in dieser Umgebung keine Wählerschaft für sie gibt? Weil damit Wohnbaupolitik betrieben werden kann wegen des günstigen Wohnraums? Oder stört man sich an den Kosten, die die SteuerzahlerInnen nicht zahlen sollen? Bei letzterem stimme ich zu und finde dies auch stossend. Dies läuft gegen das VerursacherInnenprinzip. Ich fordere deswegen eine Textänderung bei beiden Postulaten: Die Kosten sollen durch die AutofahrerInnen getragen werden.*

Marcel Savarioud (SP): *Hier geht es um die Rechtsgrundlage, alles andere müsste in der Debatte geklärt werden. Deshalb bin ich gezwungen, die Textänderung abzulehnen.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Dazu hat zu diesem Zeitpunkt niemand die Möglichkeit, sich zu äussern. Auch wir können die letzte Textänderung nicht annehmen. Der Vorschlag wäre an sich sicher gerecht, geht aber weit über das Thema hinaus.*

Das Postulat wird mit 78 gegen 36 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat